

Der direkte Draht

"Kandidatenwatch.de" ist für die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft freigeschaltet. Anders als in Bremen gibt es keinen Boykott durch die SPD wegen Teilnahme Rechtsextremer. Auch das niedersächsische Portal ist bereits offen

Für die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 24. Februar ist am Dienstag eine Seite des Internet-Portals www.kandidatenwatch.de freigeschaltet worden. Eine entsprechende Seite für die Niedersachsen-Wahl am 28. Januar ist schon länger offen. Über die Website können WählerInnen Kandidierende zu ihren Positionen befragen. Das Portal ist unabhängig, steht aber unter der Schirmherrschaft der Parlamentspräsidenten.

"Mit kandidatenwatch.de wollen wir Politik transparenter machen", sagte Gregor Hackmack. Er ist einer der beiden Leiter des Internet-Projekts, das vor fast genau drei Jahren in Hamburg als abgeordnetenwatch.de gestartet ist. Seit einem Jahr gibt es Abgeordnetenwatch auch für den Bundestag. Kandidatenwatch sei schon bei sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2005 angeboten worden.

"Kandidatenwatch hilft, die eigene Stimme bestmöglich einzusetzen", sagte Barbara Duden (SPD), Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft. In Hamburg ist Orientierung bei der anstehenden Wahl besonders nötig. Erstmals haben die Wähler nicht nur eine Stimme zu vergeben, sondern sechs.

Bei Kandidatenwatch lässt sich über die Eingabe der eigenen Adresse der relevante Wahlkreis mit den dazugehörenden KandidatInnen ermitteln. Neben den Politikern stehen die Parteiprogramme im Netz. Diese können thematisch verglichen werden.

Alle zur Wahl zugelassenen Parteien könnten an Kandidatenwatch teilnehmen, sagte Hackmack. Das beträfe auch die Kandidaten der DVU, die von der NPD unterstützt wird. Der offen einsehbare Dialog mit den Wählern wird nach Angaben Hackmacks jedoch moderiert. Beleidigungen, menschenverachtende Äußerungen oder Beiträge, die die Opfer von Gewaltherrschaft, Rassismus und Sexismus verhöhnnten, würden nicht freigeschaltet.

In Bremen hatten sich die SPD und die Linkspartei geweigert, auf einer Website mit VertreterInnen der NPD aufzutreten und Kandidatenwatch boykottiert (*taz berichtete*). "Wenn die Kollegen in Bremen mich gefragt hätten, hätte ich sie anders beraten", sagte Duden. Die etablierten Parteien müssten an einer Auseinandersetzung mit den Parteien an den Rändern interessiert sein.

GERNOT KNÖDLER